

Erbrechtliche Auskunftsansprüche

Bearbeitet von
Ernst Sarres

3. Auflage 2017. Buch. Rund 280 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 70066 8
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilrecht > Erbrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 71


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Erbrechtliche Auskunftsansprüche

von

Ernst Sarres

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht
Düsseldorf

3., vollständig überarbeitete Auflage 2017


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H. BECK

Zitiervorschlag: Sarres, Erbrechtliche Auskunftsansprüche, Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 70066 8

© 2017 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort der 3. Auflage

Schrifttum und Rechtsprechung zu den erbrechtlichen Informationsansprüchen sind erheblich angewachsen. Die Neuauflage wurde bestmöglich angepasst. Die wesentlichen Auskunftsrechtsverhältnisse unter meist angemessener Vernachlässigung juristischer Meinungsvielfalt bleiben Gegenstand des Werkes. Ein Schwerpunkt der Bearbeitung liegt in der Darstellung von Reichweite und Grenzen der Auskunftsansprüche und -pflichten.

Düsseldorf, im September 2017

Ernst Sarres


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort der 3. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIII
1. Teil. Quellen, Grundlagen und Spezialitäten erbrechtlicher Auskunftsansprüche	1
2. Teil. Gesetzliche Auskunftsansprüche des Erben	27
3. Teil. Die Auskunftsansprüche des Pflichtteilsberechtigten	51
4. Teil. Der Wertermittlungsanspruch gemäß § 2314 Abs. 1 S. 2 BGB	85
5. Teil. Auskunft und Rechenschaft innerhalb der Erbengemeinschaft	97
6. Teil. Die Generalklausel des § 242 BGB	111
7. Teil. Die Auskunftsansprüche bei Vor- und Nacherbschaft	129
8. Teil. Die selbständige Auskunfts- und Rechenschaftspflicht, § 666 BGB	131
9. Teil. Höferecht und Auskunftsansprüche	141
10. Teil. Kann der Erblasser dem Erben Auskünfte vorenthalten?	143
11. Teil. Auskunftsrechtsverhältnisse gegenüber Banken	147
12. Teil. Auskunftsmöglichkeiten des Erben schon vor dem Erbfall?	155
13. Teil. Das Recht auf Akteneinsicht in Nachlassakten	159
14. Teil. Auskunftsansprüche des Vermächtnisnehmers	165
15. Teil. Berufliche Schweigepflicht und postmortaler Persönlichkeitsschutz	169
16. Teil. Ausschluss, Risiken, Erlass und Grenzen der Auskunft	177
17. Teil. Betreuung und Auskunftsfragen	181
18. Teil. Der außergerichtliche Streit über Auskunftsrechte	183
19. Teil. Auskunftsansprüche und Verjährung	185
20. Teil. Der Auskunftsprozess – Die Stufenklage und begleitende Aspekte	191
21. Teil. Familienrechtliche und erbrechtliche Auskunftsansprüche	203
22. Teil. Merkliste (Skizze) zu den wichtigsten gesetzlich geregelten erbrechtlichen Auskunftsberechtigungen	207
23. Teil. Ausgewählte Risiken und Hinweise bei Auskunftsrechtsverhältnissen	211
24. Teil. Die diskussionswürdige Entscheidung	215
25. Teil. Die Beeinflussung postmortaler Auskunftsansprüche	217
26. Teil: Neues Denken – Neue Entwicklungen	223
Sachregister	225

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Quellen, Grundlagen und Spezialitäten erbrechtlicher Auskunftsansprüche . . .	1
A. Einblicke in eine lebendige Rechtsmaterie	1
I. Auftakt und Erfolgssteuerung	1
1. Annäherungen durch Fragen	1
2. Ein taugliches Auskunftssystem?	1
3. Die Rechtspraxis: „Alles hängt mit allem zusammen“	3
II. Erbrechtliche Auskünfte: Begriff, Gegenstand, Initiativen	4
1. Definition	4
2. Wesensmerkmale, Abgrenzung, Wahrheitspflicht?	4
3. Vorherige Aufforderung	4
4. Rechenschaft	5
5. Konsequenzen	5
6. Auskunftsansprüche, Verjährung, Fristen	5
III. Rechtsverhältnisse	6
1. Vertrag	6
2. Gesetz	7
3. Sonderbeziehung,	8
IV. Mandat-Interessenkollisionen	8
1. Prüfung	8
2. Formulierungsvorschlag	9
3. Praxistipp	9
V. Erwartungen – Streitfall – Verfassungsbeschwerde	10
1. Erwartungen	10
2. Klassischer Streitfall:	10
3. Verfassungsbeschwerde des Pflichtteilsberechtigten?	12
B. Schritte in die moderne Rechtswirklichkeit	14
I. Das Auskunftsmandat und seine besonderen Rahmenbedingungen	14
1. Der Auftrag und das Klientel	14
2. Mandantentypologie und Beraterstatus	15
3. Ewig problematisch: Die Honorarfrage	16
4. Mitwirkung des Mandanten spart Zeit, Geld und Haftungsrisiken	18
5. Mandantenwissen profitabel einsetzen	18
II. Vorsondierung statt endloser Abstimmungen	18
III. Typische Auskunftsverhältnisse	21
1. Auskunftsgegenstand und Informationsrelevanz	21
2. Entwicklungen	22
IV. Das Nachlassverzeichnis – Sondierung -Bilanzierung	24
V. Arbeitshilfe: Nachlassverzeichnis I	24
VI. Auswahl Schrifttum und/oder Rechtsprechung	25
2. Teil. Gesetzliche Auskunftsansprüche des Erben	27
A. Gegen den Erbschaftsbesitzer und sonstigen Besitzer	27
I. Gesamtanspruch	27
1. Konkrete Anspruchspositionen	27
2. Einzelgegenstände	27
3. Zwei Informationsbereiche	27
4. Informationsbedarf	27
II. Einzelheiten: Erbschaftsanspruch und Auskunftsrechte nach §§ 2018, 2027 BGB	28
1. Gläubiger des Auskunftsrechts	28

2. Auskunftsrechte des Vorerben	28
3. Auskunftsrechte von Pfändungsgläubiger, Nachlassverwalter, Testamentsvollstrecker	28
III. Auskunftsspflicht nur bei angemäßer Erbenstellung	29
1. Grundfälle-Beweislast	29
2. Die einzelnen Voraussetzungen des §§ 2018, 2027 BGB	29
3. Klagemöglichkeiten – Klagearten zu § 2027 BGB	31
IV. Der Besitzstörer gemäß § 2027 Abs. 2 BGB	34
V. Funktionsträger	34
VI. Nur Aktivvermögen – Keine Passiva	35
VII. Untergang und Veräußerung von Nachlassvermögen	35
1. Rechtsgeschäfte des Scheinerben	35
2. Pflichten des „Erbchaftsbesizers“ bzw. Scheinerben	35
3. Bestandsverzeichnis durch „Erbchaftsbesitzer“	36
VIII. Vergleich zur Regelung des § 2314 BGB	36
IX. Hat der Erbe des Erbchaftsbesizers Auskunfts-pflichten?	36
X. Erbchaftsanspruch und Prozess: Grundlagen	37
XI. Auswahl: Schrifttum und/oder Rechtsprechung	37
B. Gegen den Hausgenossen	37
I. Spezifizierung der Anspruchsgrundlage	37
II. Von der „häuslichen Gemeinschaft“ zum auskunfts-pflichtigen Haus- genossen	38
1. Vertragliche Beziehung nicht erforderlich	38
2. Auskunfts-pflichtiger Personenkreis	38
III. Der Vergleich zu § 2027 BGB	38
1. Kein Verschulden	38
2. Keine Verzeichnispflicht für Hausgenossen	39
IV. Konkurrenz zur Auskunfts-norm des § 2027 BGB	39
V. Informations-berechtigte	39
VI. Nachlass-bezogene Geschäfte des Hausgenossen	39
VII. Vererblichkeit von Pflichten aus § 2028 BGB?	40
VIII. Stufenklage	40
IX. Beweislast-Verteilung bei § 2028 BGB	40
C. Gegen den Scheinerben, § 2362 Abs. 2 BGB	40
D. Gegen den vorläufigen Erben	41
I. Gesetzliche Regelung	41
II. Vorläufiger Erbe und Informations-pflichten	41
III. Nachlass-fürsorge durch den vorläufigen Erben	41
IV. Auskunfts-klage und Klageanträge	42
V. Auswahl: Schrifttum und/oder Rechtsprechung	42
E. Gegen den Testamentsvollstrecker	42
I. Grundsätzliches	42
II. Das Nachlassverzeichnis gemäß § 2215 Abs. 1 BGB	43
III. Muster eines Nachlassverzeichnisses	44
IV. Ansprüche des Erben auf Benachrichtigung gemäß den §§ 2218 Abs. 1, 666 BGB	45
V. Laufende Informations-erteilung durch den Testamentsvollstrecker auf Verlangen des Erben, §§ 2218 Abs. 1, 666 2. Alternative BGB	45
1. Formlose Mitteilungen	45
2. Nachlassverzeichnis	46
3. „Bilanzierung“	46
VI. Die Rechnungslegung (Rechenschaftsablegung) durch den Testamentsvollstrecker gemäß §§ 2218 Abs. 2, 666 ff. BGB	46
1. Anforderungen des Erben entscheidend	46
2. Keine Entlastung	46
VII. Entlassung des Testamentsvollstreckers wegen Verletzung von Auskunfts- und Rechenschaftspflichten	47

1. Antragsrechte	47
2. Auskunftrechtliche Konsequenzen bei Beendigung des Testamentsvollstreckeramtes	48
3. Sonderfall: Testamentsvollstrecker ist gleichzeitig Miterbe	48
4. Auskunftrechtliche Interessenkollision, wenn gesetzlicher Vertreter zugleich Testamentsvollstrecker?	49
VIII. Auswahl: Schrifttum und/oder Rechtsprechung	49
3. Teil. Die Auskunftsansprüche des Pflichtteilsberechtigten	51
A. Rahmenbedingungen: Auskunftsgläubiger- und schuldner	51
I. Konsequenzen im Einzelnen	51
1. Kein eigenständiger Zugriff	51
2. Außerhalb des Nachlasses	51
3. Informelle Benachteiligung des Nichterben	52
II. Interessen und Situation des Erben	52
1. Starkes Informationsrecht	52
2. Kompensation durch Auskunftsfülle?	52
3. Schließung von Gerechtigkeitslücken	53
B. Auskunftsberechtigte gemäß § 2314 BGB	53
I. Vorrang und Zuschritt für „Nichterben“	54
II. Wahlrecht nach § 2306 BGB	54
C. Auskunftsschuldner gemäß § 2314 BGB	54
D. Gegenstand und Umfang des Auskunftsanspruchs gemäß §§ 2314, 260 BGB	55
I. Realer Nachlass: Informationen und Rechtsverfolgung	55
1. Identifizierungspflichten	56
2. Modelle zum Nachlassverzeichnis mit Einzelgegenständen	56
3. Interessenvertretung und Entscheidungsalternativen	58
II. BGH	58
1. Übersicht: Vorempfänge	58
2. Auskunftsgegner: Erbe	59
3. Nachlassaktiva und taugliche Ermittlungen	60
4. Nachlassverzeichnis: Stoffsammlung- Hinweise	60
5. Strategische Hinweise	60
III. Auskunftsverlangen: Ausforschung, Kenntnisverschaffung, Beweislast	62
1. Ausforschung durch Pflichtteilsberechtigten?	62
2. Kenntnisverschaffungsaktivitäten des Erben?	63
3. Beweislast	64
IV. Fälligkeit – Belegvorlage – Zurückbehaltungsrecht	65
1. Fälligkeit	65
2. Belegvorlagepflicht?	65
3. Gegenseitige Zurückbehaltungsrechte?	66
V. Rechtsdurchsetzung: Vorentscheidungen	67
1. Abgestufte Anspruchsziele	67
2. Welcher „Nachlass“ erscheint gewinnbringend?	67
VI. Checkliste zum Auskunftsumfang -Auskunftsgebiete -Vermögen	67
VII. Das private Nachlassverzeichnis Die schlechtere Bestandsaufnahme?	70
1. Grundsätze – Verfahren -Einigung	70
2. Hauptpflichten des Erben –Verzeichnis	71
3. Gesamtverzeichnis	71
4. Ausnahmsweise Teilauskünfte	71
5. Auskunftsanforderungen -Anwaltsschreiben	71
6. Vermeintlich wertlose Gegenstände	72
7. Einige Differenzen zum notariellen Nachlassverzeichnis	72
8. Struktur eines (privaten) Nachlassverzeichnisses	72
VIII. Das notarielle Nachlassverzeichnis	73
1. Grundsätze	73

2. Reputation	74
3. Streitpunkte	74
4. Ermittlungsaufwand	74
5. Auswahl: Rechtsprechung zum Notarverzeichnis	74
6. Rechtsprechung der Oberlandesgerichte	75
7. Notarielles Nachlassverzeichnis: Ergänzung und Berichtigung?	76
8. Modelle von Nachlassverzeichnissen	76
IX. Allseits streitträchtig: Der fiktive Nachlass:	79
X. Ehebezogene Zuwendungen und Güterstand des Erblassers	80
XI. Nachlass: Dokumentationsvarianten für den Erben	81
XII. Auskunfts- und Stufenklagen im Pflichtteilsrecht	81
XIII. Auswahl: Schrifttum und/oder Rechtsprechung	83
4. Teil Der Wertermittlungsanspruch gemäß § 2314 Abs. 1 S. 2 BGB	85
I. Grundlagen	85
1. Wertermittlungsrechte gegen Erben	85
2. Zwei Zielsetzungen	85
II. Einzelheiten zur Wertermittlung nach § 2314 Abs. 1 S. 2 BGB:	85
1. Bewertungstauglichkeit	85
2. Keine Bindungswirkung durch sonstige Gutachten	86
3. Eigene Bewertungsprinzipien	86
4. Bewertungszeitpunkt, Gutachter	86
5. Immobilienwert, Gutachten und Bewertungsgrundlagen	86
6. § 196 [1] Bodenrichtwerte	87
7. Verkehrswertermittlung bei Grundvermögen: Sachwertverfahren	87
III. Wertermittlung von Unternehmen	89
1. Grundsätzliches	89
2. Die Ausgangslage	89
3. Einstieg in die Problematik: Bewertungsrelevante Unterlagen	89
4. Bewertungszeitraum: Fünf Jahre	90
5. Unternehmenswert und Bewertungszeitpunkt	90
IV. Vertiefung: „Bewertungsstufen“ beim Unternehmen?:	90
V. Wertermittlung und zeitnaher Verkauf	92
VI. Wertermittlung von Kunstgegenständen	92
1. Fragestellung	92
2. Fall: OLG Köln ZEV 2006, 77	92
3. Bewertung und Entscheidung	92
4. Einzelaspekte und Bewertungsfaktoren	93
5. Grenzen der Bewertung	93
6. Markttransparenz	93
VII. Nachlassgegenstände, Bewertung und Verwertung	94
1. Nachlass und Gewinnerzielung	94
2. Bewertung und Verwertung von Nachlassgegenständen	94
3. Interne und externe Versteigerung	94
VIII. Auswahl: Schrifttum und /oder Rechtsprechung	95
5. Teil. Auskunft und Rechenschaft innerhalb der Erbengemeinschaft	97
A. Eine heftig umstrittene Grundsatzfrage	97
I. Dauerkontroversen für die Rechtspraxis	97
II. BGH-Rechtsprechung als Maßstab	98
1. Keine auskunftsauslösende Sonderverbindung	98
2. Persönlichkeitsrechte	98
III. Anspruchsgrundlagen aus dem 5. Buch des BGB	98
IV. BGH NJW RR 1989, 450: Grundsatzentscheidung	99
1. Die Entscheidung	99
2. Maßgebliche Entscheidungsgründe gegen die Einwilligung	99
3. Möglicher Anspruch nicht ausreichend	100
4. Selbstbestimmungsrecht ist zu beachten	100
5. Personenbezogene Umstände	101
V. Streitfragen	101

VI. Erbengemeinschaft und realer Nachlassbestand	101
1. Einzelvorschriften haben Vorrang	101
2. Kardinalfrage	102
3. Auskunftspflichten des anmaßenden Miterben?	102
4. Auskunftspflichten des Hausgenossen?	102
5. Auskunft über Vorempfänge der Abkömmlinge?	102
6. Auskunft vom „Verwaltungsmiterben“	102
7. Mitwirkung beim Nachlassverzeichnis?	103
8. Überblick – Checkliste	103
9. Risiken der Verjährung bei der Erbengemeinschaft	104
10. Rechtsprechung: Neue Tendenzen?	104
B. Erbengemeinschaft und Vorempfänge	105
I. Grundsätzliches zum § 2057 BGB	105
II. Umfang und Reichweite des § 2057 BGB	105
1. Totalaufklärung	105
2. Gerichtliche Feststellungen	105
3. Überschießende Konzession	106
4. Befremdliche Bilanzposten	106
5. Keine Ausforschung bis zur Kindheit	106
III. Gegenstand und Form der Auskunft	106
1. Gerechter Ausgleich	106
2. Zuwendungen	106
3. Ausstattung, Vermögensvorteil und Auskunftspflicht	107
IV. Lösungsansatz	107
V. Beispiel eines Auskunftsverzichtsvertrages	107
VI. Darlegungs- und Beweislast	108
VII. Verjährung	108
1. Unverjährbarkeit?	109
2. Einschränkungen	109
3. Rechtssicherheit	109
4. Alternativüberlegung oder Schematismus	109
5. Beispiel: Kinderfreuden	109
VIII. Klageantrag – Auskunftsklage	110
IX. Auswahl: Schrifttum und /oder Rechtsprechung	110
6. Teil. Die Generalklausel des § 242 BGB	111
A. Auskunft und Treu und Glauben	111
I. Grundsätzliches	111
II. Entwicklungen	111
1. Allgemeiner Auskunftsanspruch etabliert: „Venus-Fall“?	111
2. Folgeentscheidungen und Grundformel	112
3. Feste Integration	112
4. Ultima ratio	113
5. Fall: RGZ 108, 1	113
6. Verzeichnispflicht	113
7. Die erbrechtliche Praxis	114
8. Streitige Voraussetzungen	114
III. Die Voraussetzungen der Generalklausel	114
IV. Unsichere Voraussetzungen – Entwicklung der Rechtsprechung	115
1. „Kurzformel“	115
2. Schuldverhältnisse	115
3. Abgestufte Maßstäbe	115
4. Anforderungen	115
5. Höfeordnung	116
6. Durchschnittsbewertung	116
7. Größerer Gläubigerschutz – Geringerer Schuldnerschutz?	116
8. Offene Begründung	117
9. Fazit	117

V. Unverschuldete Informationslücke	117
1. Angepasstes Gläubigerverhalten	117
2. Richtlinien	118
3. Keine abweichende Rechtsprechung	118
4. Fallgruppen	118
5. Schikane	119
VI. Zumutbare Auskunftsmöglichkeit des Schuldners	119
B. Erbe – Nachlasspfleger	119
C. Das Auskunftsrechtsverhältnis zwischen Miterben	121
I. Gesetzliche Erbfolge und realer Nachlass	121
II. Gewillkürte Erbfolge und realer Nachlass	122
III. Der sogenannte fiktive Nachlassbestand: Auskunftspflichten zwischen gesetzlichen Miterben bei lebzeitigen Vorempfängern	123
IV. Auskunftsberechtigungen nach Treu und Glauben, § 242 BGB	123
1. Auskunftsrechtsverhältnis: Pflichtteilsberechtigter Miterbe – beschenkten Miterben	123
2. Auskunftsberechtigung des Vertragserben wegen beeinträchtigender lebzeitiger Schenkung	124
3. Rechtsverhältnis Unterhaltsberechtigter – Erbe des Unterhaltsverpflichteten	125
4. Rechtsverhältnis Vermächtnisnehmer – Erbe	125
5. Auswahl Schrifttum und/oder Rechtsprechung	127
V. Rechtsverhältnis Miterbe-Finanzamt	127
1. Sonderfall: Auskunftsrechte des Miterben gegen Finanzamt aus § 242 BGB?	127
2. Rechtsprechung des BGH steht nicht entgegen	128
7. Teil. Die Auskunftsansprüche bei Vor- und Nacherbschaft	129
A. Das gesetzliche System bei Vor- und Nacherbschaft	129
I. Zwischen Vorerbschaft und Nacherbschaft	129
II. Das Nachlassverzeichnis	129
8. Teil. Die selbständige Auskunfts- und Rechenschaftspflicht, § 666 BGB	131
A. Wesentliche Grundlagen	131
B. Erbengemeinschaft:	131
I. Der unentgeltlich verwaltende Miterbe	132
II. Ein Miterbe übernimmt die Nachlassverwaltung gegen Honorar	132
III. Ein Miterbe verwaltet schon zu Lebzeiten die Konten des Erblassers	133
C. Testamentsvollstreckung und § 666 BGB	133
D. Kontobevollmächtigung und Rechenschaft, § 666 BGB	134
I. Grundfall:	135
1. Alltäglicher Geldtransfer	135
2. Vererblichkeit von Auskunftsansprüchen	135
3. Keine Rechnungslegungspflicht	135
4. Auskunft nach § 242 BGB?	135
E. Rechenschaftspflicht des Partners einer ne. Lebensgemeinschaft gegenüber dem Erben	136
1. OLG Düsseldorf ZEV 2007, 184	136
2. Klageanträge	136
3. Gegensätzliche Entscheidungen	136
4. Erwägungen des OLG	136
5. Kein Anspruch aus Auftragsrecht	136
6. Vertrauensverhältnis statt Rechtsbindung	137
7. Kein Anspruch aus § 242 BGB	137
8. Eigene Informationsbeschaffung durch Gläubiger	137
9. Unbillige Belastung für Schuldnerin	137

10. Keine Rechenschaft im Nachhinein	137
11. Reaktion im Schrifttum auf die Entscheidung	138
F. Informationspflichten von Ehegatten	138
1. BGH, NJW 2000, 3199	138
2. Widersprechende Entscheidungen	138
3. Keine Verantwortlichkeit	138
4. Vertrauensverhältnis zwischen Ehegatten	139
5. Darlegungslast	139
6. Auswahl: Schrifttum und/oder Rechtsprechung	139
9. Teil. Höferecht und Auskunftsansprüche	141
A. Die Höfeordnung	141
B. Einzelne Auskunftsfragen im Höferecht	141
I. Lebzeitige Auskunftsansprüche	141
II. Auskunftsverpflichtung gemäß § 13 Abs. 10 Höfeordnung	141
10. Teil. Kann der Erblasser dem Erben Auskünfte vorenthalten?	143
A. Einflussnahme des Erblassers durch Generalvollmacht?	143
I. Die besondere Generalvollmacht	143
II. Auskunftsrechtliche Anweisung des Erblassers durch letztwillige Verfügung?	144
1. Testierfreiheit und Auskunft	144
B. Anordnungen in letztwilligen Verfügungen?	145
11. Teil. Auskunftsrechtsverhältnisse gegenüber Banken	147
A. Auskunftsberechtigungen im Erbfall/Legitimationen	147
I. Beim Erbfall: Auskunft und Legitimationszwänge	147
II. Auskunfts- und Verfügungsberechtigung gemäß AGB	147
1. AGB-Banken-Sparkasse	147
2. Maßgebliche Gründe des BGH	147
3. Neufassung der Nr. 5 AGB Sparkassen	148
4. Liberationswirkung: Risiken für die Geldwirtschaft?	148
B. Bankauskünfte gegenüber Miterben	149
I. Grundlagen	149
II. Streit zwischen Miterben über die Aushändigung von Kontounterlagen	149
C. Kontounterlagen, Auskunft, Ablichtungen	150
I. Pflichten des Geldinstituts	150
II. Erneute Auskunft	150
1. Fehlendes Verschulden nicht erforderlich	150
2. Vertretbarer Aufwand	151
3. Voraussetzungen der Unzumutbarkeit	151
4. Besonderheiten bei Erbengemeinschaft	151
III. § 810 BGB und Einsichtsrechte	152
1. Urkunden	152
2. Schutzwürdige Interessen	152
3. Treu und Glauben	152
4. Unbedeutende Nachteile	153
5. Einsicht in pflichtteilsrelevantes Gutachten	153
6. Streitwert	153
7. Auswahl: Schrifttum und/oder Rechtsprechung	153
12. Teil. Auskunftsöglichkeiten des Erben schon vor dem Erbfall?	155
A. Grundsätze	155
B. Planung mit fremdem Vermögen	155
C. Lebzeitige Auskunftsklage?	156
D. Lebzeitiges Feststellungs- und Auskunftsinteresse	156

13. Teil. Das Recht auf Akteneinsicht in Nachlassakten	159
A. Grundsätze	159
I. Das berechnigte Interesse – allgemeine Grundsätze	159
II. „Das berechnigte Interesse“ zur Akteneinsicht	159
B. Einsicht in Krankenakten	160
I. Krankenakte und Betreuungsperson	160
II. Einsicht in Betreuungsakten durch Miterben	161
III. Das berechnigte und das rechtliche Interesse bei Nachlasssachen	161
1. Einzelfälle	161
2. Informationen aus Grundbuch/Grundakten	162
3. Berechnigtes Interesse – Tatsachenvortrag	162
4. KG: Definition und Darlegungslast	162
IV. Informationen durch Benachrichtigung des Gerichts	163
V. Auskünfte von Einwohnermeldeamt und Standesamt	163
14. Teil. Auskunftsansprüche des Vermächtnisnehmers	165
A. Die erbrechtliche Position des Vermächtnisnehmers	165
I. Gesetzliche Regelungen	165
II. Rechtsprechung	165
III. Art und Umfang der Auskunft	166
IV. Informationsrechte des Vermächtnisnehmers zwischen Vor- und Nacherbfall?	167
B. Auskunftsansprüche des Vermächtnisnehmers	167
I. Problemstellung	167
II. Auskunftsrechtliche Situation	168
III. Auskunftsbeurteilung nach OLG Oldenburg	168
C. Auswahl: Schrifttum und/Rechtsprechung	168
15. Teil. Berufliche Schweigepflicht und postmortaler Persönlichkeitsschutz	169
A. Problemstellung	169
I. Der Persönlichkeitsschutz des Erblassers	169
II. Befreiung von der beruflichen Schweigepflicht	170
III. Der Anwaltsvertrag	170
IV. Der Notarvertrag	171
V. Beispiele aus der Rechtsprechung	172
1. OLG München zum Patientenrecht	172
2. BGH	175
VI. Auswahl: Schrifttum und/oder Rechtsprechung	176
16. Teil. Ausschluss, Risiken, Erlass und Grenzen der Auskunft	177
A. Grundsätzliches	177
B. Der Ausschluss	177
C. Risiken	177
D. Unabhängigkeit	178
E. Der Aufwand	178
F. Wirtschaftliche Unmöglichkeit	178
G. Das Zeitmoment	179
H. Fehlender Nachlass	179
I. Erlass von Auskünften	179
17. Teil. Betreuung und Auskunftsfragen	181
A. Grundlagen	181
B. Betreuung und erbrechtliche Interessenkollision	181
C. Auswahl: Schrifttum und /oder Rechtsprechung	182

18. Teil. Der außergerichtliche Streit über Auskunftsrechte	183
A. Die Aufforderungsschreiben	183
B. Inhalt und Zielrichtung	183
C. Ökonomische Ermittlung der lebzeitigen Zuwendungen des Erblassers?	184
D. Zurückbehaltungsrechte des Auskunftsschuldners?	184
19. Teil. Auskunftsansprüche und Verjährung	185
A. Schwerpunkte zur Verjährung von Auskunftsansprüchen	185
I. Entwicklungen	185
II. Höchstfristen	185
1. 30-jährige Verjährung	185
2. Kenntnisunabhängige Verjährung	185
3. Verjährungsrechtliche Sonderfälle	186
B. Kurze Verjährungsfristen	187
C. Verjährungsabreden	188
20. Teil. Der Auskunftsprozess – Die Stufenklage und begleitende Aspekte	191
A. Vorentscheidungen : Auskunfts- oder Stufenklage ?	191
I. Formulierungsvorschläge: Aufwändige Antragsfassung	191
II. Stufenklage: Verhältnis Pflichtteilsberechtigter-Erbe	192
III. Verjährungsrisiko: Pflichtteilsberechtigter – Erbe-Beschenkter	192
B. Stufenklage : Weitere Formulierungsvorschläge	193
I. Stufenklage –Antrag- Voraussetzungen	194
1. Sachverhalt: Geringer Vermögensstatus, Schenkungen sehr unwahrscheinlich	194
2. Antrag	194
3. Kurzhinweise	195
4. Praxistipp:	195
II. Formulierungsvorschläge für eine Auskunftsklage/Stufenklage gegen Erbschaftsbesitzer	196
1. Klageantrag gemäß § 2027 Abs. 1 BGB (Kurzform):	196
2. Klageantrag gemäß § 2027 BGB für eine Auskunfts-(Stufen-)Klage:	196
3. Hinweise zum Klageantrag gemäß den §§ 2314, 2325, 254 ZPO zu lebzeitigen Zuwendungen des Erblassers	196
C. Stufenklage : Drei Stufen und Stufenwechsel	197
I. Die Auskunftsstufe	197
1. Klageveranlassung durch Auskunftsschuldner?	197
2. Das zuständige Gericht	197
3. Eine prozessuale Idealvorstellung ?	197
4. Sofortiges Anerkenntnis als „Taktik“?	197
II. Stufenklage und Handlungsfreiheit: Stufenwechsel ?	198
III. Der Antrag auf Abgabe der Versicherung an Eides statt	198
D. Anerkenntnis durch Auskunftsschuldner und Kostenbefreiung?	198
E. Vollstreckungsfragen	199
F. Beweislast	200
I. Erbfall und Erbschaftsbesitzer	200
II. Antrag eines Haftbefehls	200
G. Streitwertbestimmung wegen Auskunftserteilung	200
I. Grundlagen der Wertbemessung	200
II. Maßgebliche Bewertungskriterien	201
III. Stufenklage – Wert – Berufung	201
1. Berufungssumme bei Auskunftsklage – Berufung	201

H. Teilklage – Teilurteil	202
IV. Auswahl: Schrifttum und/oder Rechtsprechung	202
21. Teil. Familienrechtliche und erbrechtliche Auskunftsansprüche	203
A. Materielles Recht	203
I. Einige materiellrechtliche Gemeinsamkeiten	203
1. Entscheidungsgrundlagen	203
2. Dieselben Anspruchsformeln	203
3. Beispielhafte materiellrechtliche Unterschiede	204
II. Belegvorlage im Familienrecht	204
B. Verfahrensrecht	204
I. Gemeinsamkeiten	204
II. „Sekundäre Darlegungslast“	204
III. Unterschiede	205
IV. § 235 Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht der Beteiligten:	205
22. Teil. Merkliste (Skizze) zu den wichtigsten gesetzlich geregelten erbrechtlichen Auskunftsberechtigungen	207
I. Ansprüche des Alleinerben gegen den Erbschaftsbesitzer („Dritter“) gemäß den §§ 2027 Abs. 1, 2018	207
II. Ansprüche des Miterben gegen den Erbschaftsbesitzer (ggf. Miterbe) gemäß den §§ 2027 Abs. 1, § 2018 iVm § 2039	207
III. Ansprüche des Alleinerben gegen den Hausgenossen gemäß § 2028 BGB	207
IV. Ansprüche des Alleinerben gegen den Besitzstörer, § 2027 Abs. 2	207
V. Ansprüche des Miterben gegen den Besitzstörer nach § 2027 Abs. 2, § 2039	208
VI. Nichterbender Pflichtteilsberechtigter gegen Erben nach § 2314 BGB	208
VII. Ansprüche des Alleinerben gegen Testamentsvollstrecker nach § 2215 Abs. 1 BGB	208
VIII. Ansprüche des Alleinerben gegen den Testamentsvollstrecker, § 2218, 666 BGB	208
IX. Ansprüche des Vermächtnisnehmers gegen Erben	209
X. Ansprüche von Miterben untereinander nach § 2057 BGB	209
23. Teil. Ausgewählte Risiken und Hinweise bei Auskunftsrechtsverhältnissen	211
I. Mandatsumfang: Was will der Mandant?	211
II. Verjährungsfragen	211
III. Verhältnis Pflichtteilsanspruch/Ergänzung	211
IV. Auskunfts- oder Stufenklage oder Leistungsklage ?	211
V. Anerkenntnis zur Kostenvermeidung	212
VI. Nachlassspaltung	212
VII. Erbengemeinschaft	212
VIII. Informationsansprüche des Pflichtteilsberechtigten gegen den Erben auf Überlassung von Bankunterlagen	212
IX. Vermächtnisanspruch, §§ 2174, 242 BGB	213
X. Risiko Wertbestimmung	213
XI. Nachlassverzeichnis: Erbe-Anwalt-Notar	213
XII. Verkannte Informationsquellen ?	213
XIII. Ansteigende Beratungsresistenz ?	214
XIV. Störungsquelle: Erblasser?	214
XV. Auskünfte zum „digitalen Nachlass „ ?	214
24. Teil. Die diskussionswürdige Entscheidung	215
25. Teil. Die Beeinflussung postmortaler Auskunftsansprüche	217
A. Das Problem	217
B. Beispielfälle: Verhinderung von Auskunftsansprüchen	217
I. Berliner Testament – Vorkehrung durch „Strafklausel“?	217
1. Erblasserwünsche	218
2. Pflichtteilsstrafklausel	218
3. Unsichere Prognose	218

Inhaltsverzeichnis

XIX

II. Erblasser und Vorsorgemaßnahmen	218
1. Auskunftsrechte erst nach dem Erbfall	219
2. Lebzeitige Gestaltungschance	219
3. Bewertung	220
C. Beeinflussung der Auskunftsobliegenheiten nach dem Erbfall	220
I. Problem: Verwirkung von Auskunftsansprüchen	220
II. Problem: Dürftigkeit des Nachlasses	221
D. Beispiel für den bemerkenswerten Umgang mit Auskunftsrechten	222
26. Teil: Neues Denken – Neue Entwicklungen	223
Sachregister	225


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG